Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg., auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Dienstag, den 8. Februar 1887. Nr. 63.

Preußische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 7. Februar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 175. königl. preußischer Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

4 Gewinne von 10,000 Mark auf Nr. 106871 115277 115846 121342.

2 Gewinne von 5000 Mark auf Nr. 65371 160959.

34 Gewinne von 3000 Mark auf Nr. 10717 35180 35898 37162 41390 43496 45320 53792 58079 61034 73846 75705 88099 89675 93658 96865 97784 105579 106174 113083 117860 117921 126283 126747 134444 143368 150020 151279 159001 167346 169594 170176 173024 180189.

36 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 5229 10925 19562 28374 36641 45611 57651 59977 63482 67443 73201 86713 89440 89834 91396 93049 101160 106397 112792 114428 130080 134802 141659 141822 157176 158237 163324 168756 176305 176014 176089 177793 179089 179643 181456 187773.

44 Gewinne von 500 Mark auf Nr. 15730 15850 23660 27798 29606 33013 33937 35371 37094 40839 41325 47255 47683 48636 52466 58426 62425 68000 73162 77742 83040 88107 89871 95412 95570 101295 103309 111021 124107 125429 129641 137582 149850 155277 156127 156631 161969 162929 165100 173561 181817 182045 183172 183347 189853.

Die Kunststücke des Herrn Brömel.

Herr Brömel hat in seiner Wahlrede dem Herrn Reichskanzler und allen deutschen Männern, welche nicht blindlings seiner Partei angehören, tendenziöse Mache, ja Verlogenheit vorgeworfen; während gerade er selbst der Mann ist, welcher uns Kunststücke vorzumachen und dadurch die Wahrheit zu entstellen sucht. Wir vertrauen auf den gesunden Sinn unserer Mitbürger, daß sie sich auch durch die geschicktesten Taschenspielergriffe nicht täuschen lassen, sondern Lüge und Wahrheit zu unterscheiden wissen werden und bitten unsere geehrten Mitbürger, an unserer Hand selbst zu prüfen, auf welcher Seite die Wahrheit, auf welcher Seite die Verlogenheit ist.

Das erste Kunststück des Herrn Brömel.

Herr Brömel sagt: „Nach meiner Ueberzeugung war durch das Programm, auf das „hin ich gewählt war, mein Wort verpfändet, „die Bewilligung nicht über die Legislaturperiode hinaus auszusprechen und man muthe „mir bei aller Opferwilligkeit nicht auch noch „einen Wortbruch zu".

Das ist gleich das erste Kunststück, daß Herr Brömel bei seiner Wahl vor zwei Jahren sein Wort verpfändet haben will, die Bewilligung der Militärvorlage nicht über drei Jahre auszusprechen. Denn als Herr Brömel damals gewählt wurde, wußte Niemand und konnte Niemand wissen, daß jetzt nach zwei Jahren die Militärvorlage kommen werde. Herr Brömel konnte also auch nicht sein Wort darüber verpfänden, wie er über eine Vorlage stimmen würde, an die damals noch Niemand dachte. Aber noch mehr, Herr Brömel hat nach dieser seiner Erklärung also als Reichstagsabgeordneter nicht gestimmt, wie es seine eigene Ueberzeugung war, sondern er hatte sein Wort an seine Wähler, Herrn Dr. Amelung 2c., verpfändet, so zu stimmen, wie diese es verlangten, er hatte seine Ueberzeugung um den Preis der Wahl verkauft, seine eigene „Opferwilligkeit" ad majorem gloriam der Partei dahingegeben. So wenigstens spricht es Herr Brömel aus und wir können es ihm glauben. War doch Herr Brömel bereits in Stettin als Sekretär der Kaufmannschaft und als Stadtverordneter der Mann, welcher den höheren Anweisungen der Herren Vorsteher entgegentrat und mit dem Fortschrittsring der damaligen Majorität für Steuererhöhung und gegen die Interessen der Bürger stimmte und agitirte.

Das zweite Kunststück des Herrn Brömel.

Herr Brömel sagt: „Wenn die Gefahr „wirklich eine so naheliegende war und die „Vorlage eine Abwendung der Gefahr herbeiführen konnte, warum hat die Regierung „dann nicht zugegriffen, als sie in der zweiten „Lesung Alles auf 3 Jahre erhalten konnte".

Jedermann weiß, daß in der zweiten Lesung noch gar keine definitive Bewilligung ausgesprochen wird, sondern erst in dritter Lesung, daß also auch die Regierung in zweiter Lesung gar nichts erhalten konnte, sondern allein in dritter. Ist nun Herr Brömel wirklich so unwissend, daß er dies nicht weiß, oder hält er seine Parteigenossen für so unwissend, daß er ihnen dies aussprechen darf, ohne auf Widerspruch zu stoßen?

Herr Brömel wußte ferner, daß die Sozialdemokraten, die Welfen, die Polen und alles, was in zweiter Lesung für eine dreijährige Bewilligung gestimmt hatte, lediglich um die sieben Jahre zu Fall zu bringen, in dritter Lesung auch gegen die dreijährige Bewilligung stimmen würden; daß also auch die Vorlage auf drei Jahre in dritter Lesung nothwendig fallen mußte. Oder glaubte Herr Brömel wirklich, daß die Mitglieder der nationalen Parteien wirklich armselig genug sein würden, die Brosamen aufzulesen, die von dem Tische des Herrn Eugen Richter und Windthorst für sie abfielen?

Das dritte Kunststück des Herrn Brömel.

Herr Brömel sagt: „Thatsächlich war von „einer naheliegenden Gefahr gar keine Rede. „Der Reichskanzler hat ja dann auch selbst „klargelegt, daß die Gefahr eines doppelten Angriffes, auf die man sich bei jener Bewegung „berief, gar nicht bestände".

Herr Brömel erscheint hier wieder so naiv wie möglich. Von dem Rachegeheul der Franzosen im Westen, von den immensen Rüstungen der Franzosen, von ihrem dreifachen Festungsgürtel gegen Deutschland, von dem Bau ihrer Eisenbahnen nach der deutschen Grenze hin, von dem Kriegsgeschrei und den neuesten Siegen der Kriegspartei unter Boulanger über die Friedenspartei in Frankreich, von dem Geschrei der Panslavisten und der Aufhetzung aller Klassen der Bevölkerung in Rußland gegen uns Deutsche, von alle dem weiß Herr Brömel noch nichts, gar nichts; er lebt im sichersten Frieden unter Leitung seines Zivilstrategen Eugen Richter. Die Rede des Reichskanzlers hat er gehört, aber leider nicht verstanden.

Fürst Bismarck hat als Diplomat gesprochen, auf dessen Worte die ganze Welt lauscht, da muß man zwischen den Zeilen lesen können, wenn man ihn verstehen will. Er sagt: Deutschland wird Rußland nicht angreifen und der Zar ist ein Gentleman, auf dessen Wort man trauen kann. Aber Bismarck schweigt über das Hetzen zum Kriege gegen Deutschland durch Skobelew, Katkow und viele andere und darüber, daß der Zar dies nicht nur erlaubt, sondern diese Männer dafür auch noch belohnt hat. Er schweigt darüber, daß wir an der russischen Grenze uns vollständig für den Krieg vorbereitet haben, weil wir wissen, daß hier jederzeit die Gefahr eines Krieges droht. Weiß Herr Brömel von diesem allem nichts, ist er nicht im Stande, eine solche Rede des Reichskanzlers zu verstehen, dann ist er unserer Ansicht nach nicht fähig, Ageordneter zu sein. Weiß er dagegen dies alles, hat er den Reichskanzler verstanden, dann hat er abermals in dieser Sache den Wählern ein Kunststück vorgemacht und seine Hörer absichtlich zu täuschen gesucht.

Deutschland.

Berlin, 7. Februar. Sr. Majestät dem Kaiser und König sind Anträge von Vereinen zugegangen, durch welche letztere die gute Absicht äußern, Allerhöchstdenselben zur bevorstehenden Feier der Vollendung des 90. Lebensjahres ihre Gesinnungstreue und Verehrung durch persönliche Huldigungen zu bethätigen. So wohlthuend diese Kundgebungen Se. Majestät berühren, so sehen Allerhöchstdieselben Sich doch durch das Bedürfniß der Ruhe und Schonung zu Allerhöchstihrem lebhaften Bedauern genöthigt, auf derartige Beweise der Theilnahme zu verzichten. Direkte und persönliche Kundgebungen dieser Art, welche zum 22. März geplant werden sollten, würden daher im Interesse der Schonung der Kräfte Sr. Majestät zurückzuhalten sein.

Um solchen wohlgemeinten Absichten zeitig vorzubeugen, haben Se. Majestät zu bestimmen geruht, daß Allerhöchstihre Willensmeinung durch die öffentlichen Blätter zur allgemeinen Kenntniß gebracht werde.

Berlin, den 6. Februar 1887.

Der Reichskanzler
und Präsident des Staats-Ministeriums.
v. Bismarck.

— Der Bericht der Herrenhauskommission über die Entwürfe einer Kreisordnung für die Rheinprovinz und eines Gesetzes über die Einführung der Provinzial-Ordnung vom 29. Juni 1875 in dieser Provinz liegt gegenwärtig im Druck vor. Berichterstatter ist Herr Adams. Die Provinzialordnung hat durch die Beschlüsse der Kommission Aenderungen nicht erfahren. Betreffs der Kreisordnung wird zu § 26 (Wahl der Beamten der Landgemeinden und Landbürgermeistereien) folgender Zusatz beantragt: „Die Bestimmungen der §§ 78 und 104 der Gemeindeordnung für die Rheinprovinz vom 23. Juli 1845 werden insoweit aufgehoben, als sie Anstellungen dieser Beamten nur auf Kündigung gestatten." Im § 50 (Wählbarkeit zum Wahlmann und zum Kreistagsabgeordneten) ist Nr. 2 der Regierungsvorlage, wonach wählbar ist in den Wahlverbänden der größeren Grundbesitzer, sowie der Landbürgermeistereien ein jeder, seit einem Jahre in dem Kreise angesessene ländliche Grundbesitzer, sowie ein Jeder, welcher in einer Versammlung dieser Verbände ein Wahlrecht ausübt und seit einem Jahre dem Kreise durch Wohnsitz oder Grundbesitz angehört — der Zusatz gegeben: „insofern er nicht ein besoldetes Amt bekleidet, welches der Aufsicht des Landraths unterstellt ist." Ferner hat § 99 die Aenderung erfahren, daß in den Kreisen Neuwied und Wetzlar nicht blos, wie die Regierungsvorlage es bestimmt, die Anstellung der Bürgermeister, sondern auch die kommissarische Bestallung derselben erst nach Anhörung des Fürsten zu Wied, beziehungsweise des Fürsten zu Solms-Braunfels und des Fürsten zu Solms-Hohensolms-Lich stattfinden soll. — Uebrigens haben die Herren Bredt und Lindemann ihre von der Kommission abgelehnten Anträge, — im § 27 der Kreisordnung für die Rheinprovinz hinsichtlich der Aufbringung der zur Bestreitung der Pensionszahlungen für die in den Ruhestand versetzten besoldeten Beamten der Landbürgermeistereien und Landgemeinden erforderlichen Beiträge die gleichen Bestimmungen aufzunehmen, wie sie der § 28 Kreisordnung für Westfalen enthält — bereits im Plenum wieder eingebracht.

— Es mehren sich die Fälle, in denen Landwehrmänner ihre Stimme erheben, um die ehemaligen Soldaten aufzufordern, am 21. Februar denjenigen Kandidaten ihre Stimme zu geben, welche zur Bewilligung des Septennats sich verpflichten. So erlassen die Landwehrleute des Kreises Essen einen Aufruf, welcher an den Wahlspruch „Mit Gott, für König und Vaterland", der kein politischer Spruch sei, da er auf den Helmen stehe, die sie getragen hätten, anknüpft. Auch Wehrmänner aus dem Fürstenthum Birkenfeld haben einen ähnlichen Aufruf erlassen.

— Für Italien sind weder die Unglücksbotschaften aus Afrika erschöpft, noch ist die Gefahr einer wenn auch nur theilweisen Ministerkrise abgewendet. Der Entrüstungssturm ist überall im Lande zu groß, als daß ihm nicht ein Opfer gebracht werden müßte, und da richten sich die Augen zunächst auf den Grafen Robilant, den Minister des Aeußern. Die Stellung des Ministerpräsidenten selbst ist derartig bedroht, daß derselbe, wenn er auch damit noch etwas zögert, vermuthlich keinen Anstand nehmen wird, den unliebsam gewordenen Minister über Bord zu werfen, um sein Schiff wieder flott zu machen; seit 6 Jahren hat sich das des Oefteren ereignet. Ein in letzter Nacht eingegangenes Privattelegramm aus Rom meldet:

Graf Robilant hat seine Entlassung angeboten; dieselbe wurde jedoch noch nicht angenommen, weil Depretis um einen Nachfolger verlegen ist. Heute sind neue, noch geheim gehaltene Depeschen Genés eingetroffen. Laut brieflicher Mittheilung eines Schiffskommandanten an den Marineminister hatte Ras Alula am 17. Januar (also neun Tage vor der Niederlage bei Saati. Red.) durch einen mit der Expedition des Grafen Salimbeni gefangenen italienischen Zimmermann den General Gene aufgefordert, unverzüglich die Befestigung Saatis einzustellen, die Truppen zurückzuziehen und sich auf die Besetzung Massowahs zu beschränken, andernfalls würde die Expedition umgebracht. Gené antwortete mit Rüstungen. Heute ist aus Venedig das Panzerschiff „Formidabile" voll Munition und Lebensmitteln, aus Neapel das Kanonenboot „Provana" mit acht Geschützen nach Massowah abgegangen.

— Die Einstellung von Reserven zu zwölftägiger Uebung mit dem Repetirgewehr machte sich heute früh bereits in der Straßen-Physiognomie Berlins bemerkbar. Um zehn Uhr rückten von den in Berlin garnisonirenden Truppen Abordnungen in der Stärke von Kompagnien nach den verschiedenen Waffendepots ab, um die Gewehre — jeder Mann trug zwei — nach den Kasernen zu bringen. Wie bei den Mauser-Gewehren hatten die Schlösser eine Lederkappe, die Faschinenmesser steckten in der Scheide auf den Gewehren. Funkelnagelneu und blitzend, wie sie waren, erregten sie die allgemeine Aufmerksamkeit. Wo die Abtheilungen vorüberkamen, blieb das Volk stehen, naheliegende Bemerkungen aussprechend. — Wenige Minuten später folgten ihnen schon in Reih und Glied die Reserven, Alle in heiterster Stimmung, viele Postbeamte darunter, mit kleinen Bündeln, wie sie wohl Nothwendiges für so kurze enthalten. Auch sie lenkten ein vollgemessenes Theil der Aufmerksamkeit auf sich.

— Der Prinz und die Prinzessin Komatsu No Muja von Japan reisten am Sonntag Vormittag auf der anhaltischen Bahn mit ihrem Gefolge von hier nach Wien weiter, um dort ebenfalls einige Zeit zu verbleiben. Wie es heißt, werden der Prinz und die Prinzessin nur einige Tage in Wien sich aufhalten, hierauf eine Reise nach Italien unternehmen und Anfang des Monats Mai wieder nach Berlin kommen, um dann etwa 1/4 Jahr hier zu bleiben.

— Wie man aus Darmstadt berichtet, zirkuliren daselbst Gerüchte von einer bevorstehenden Verlobung der Prinzessin Irene von Hessen (geb. 11. Juli 1866) mit einem preußischen Prinzen. Die Begründung dieser Gerüchte lassen wir dahingestellt.

— Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat heute nach längerer Diskussion das Ordinarium des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung unverändert genehmigt.

— Wie der „Westf. Merkur" vernimmt, wird im Abgeordnetenhause das Zentrum in diesem Jahre seine Beschwerden über den Kulturkampf bei dem Kultusetat nicht vorbringen, sondern sich vollständig schweigend verhalten, so daß die Berathnng dieses Etats sehr rasch erledigt werden wird. Wenn das Zentrum wieder seine Beschwerden vorbrächte, würde ihm von seinen Gegnern der Vorwurf gemacht werden, daß es bestrebt sei, die kirchenpolitischen Verhandlungen zu stören.

— Auf dem französischen Konsulat in Petersburg ist nach einem Telegramm der „Köln. Ztg." eine Bekanntmachung angeschlagen, nach welcher sich alle zur Reserve gehörenden Franzosen auf dem Konsulat einzufinden und sich zur Einberufung bereit zu halten haben.

Köln, 7. Februar. In der hier stattgehabten Versammlung der Zentrumspartei äußerte Windthorst in Bezug auf das Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs Jacobini, das Zentrum habe die größte Ursache, sich über das Schreiben zu freuen, denn in demselben sei nicht blos vom heiligen Vater anerkannt, welch' große Verdienste das Zentrum sich erworben habe, sondern es werde auch ausgesprochen, daß das Fortbestehen des Zentrums durchaus nothwendig sei. Vom Papste werde auch anerkannt, daß das Zentrum in weltlichen Dingen nach vollständig freier Erwägung stimmen könne. Wenn der Papst auch den Wunsch ausgesprochen habe, daß das Septennat angenommen werde, so sei er, wie aus dem Schreiben Jacobini's hervorgehe, hierzu durch Zweckmäßigkeitsgründe bestimmt worden. Das Zentrum würde dem Wunsche des Papstes gerne entsprochen haben, wenn es möglich gewesen wäre, Unmögliches könne aber Niemand leisten.

Der Papst werde seinen treuen Söhnen gewiß nicht zürnen, wenn er die Gründe des Zentrums eingehend prüfe.

Köln, 7. Februar. Die Versammlung der Zentrumspartei nahm nach der Rede Windthorst's eine Resolution an, in der es heißt, in Uebereinstimmung mit der Note des Kardinal-Staatssekretärs Jacobini vom 21. Januar erkenne die am 6. Februar im Gürzenich zu Köln tagende rheinische Zentrumspartei die Verdienste unverändert an, welche das Zentrum und seine Leiter sich bei der Vertheidigung der Sache der Katholiken erworben hätten; die Versammlung könne die Aufgabe der Fraktion keineswegs als abgeschlossen betrachten und sei bereit, für den Fortbestand derselben einzutreten; die Versammlung spreche den bisherigen Vertretern ihre vollste Zustimmung zu der in der letzten Session des Reichstages beobachteten Haltung aus und fordere die rheinischen Wähler auf, mit größter Entschiedenheit für die Wieder- resp. Neuwahl gleichgesinnter Abgeordneter einzutreten, zugleich spreche die Versammlung die Hoffnung aus, daß es unter der Führung des Papstes gelingen werde, den kirchlichen Frieden in Deutschland herzustellen und die unhaltbare Lage des Oberhauptes der Kirche zu verbessern, schließlich hoffe sie zuversichtlich, daß die Mitglieder des Zentrums im Reichstage keine Gelegenheit versäumen würden, auf eine günstigere Gestaltung dieser Lage mit aller Energie hinzuwirken.

Ausland.

Paris, 3. Februar. Man kann sich im Auslande wohl schwerlich einen richtigen Begriff davon machen, in welchem Maße hier die Börse eine soziale und politische Rolle spielt, wie Börse und Kammern sich ergänzen und die Mittelpunkte des politischen Lebens bilden, und wie die Ereignisse an der Börse sofort in allen Kreisen eine günstige oder ungünstige Wirkung ausüben. Seit einigen Tagen ist an der Börse ein neuer Krach ausgebrochen und die verbreiteten kriegerischen Gerüchte haben um so mehr eine enorme Entwerthung der Renten und aller anderen in- und ausländischen Papiere hervorgerufen, als übertriebene Hausse-Engagements bestanden, deren gezwungene Abwickelung unvermeidlich eine Art Panik zu Wege bringen mußte. Bei solchen Vorgängen kann es natürlich nicht fehlen, daß behufs bequemer Erklärung des Sinkens der Kourse die verschiedensten Allarmgerüchte erfunden und verbreitet werden und dann von der Börse ihren Weg in die politischen Kreise und die Journale finden. So lagen heute in Wirklichkeit außer dem russischen Pferdeausfuhr-Verbote gar keine beunruhigenden Nachrichten vor; man zeigte sich im Gegentheil in den politischen Kreisen beruhigter und gewisse Zwischenfälle der letzten Tage wurden weniger bedenklich erachtet; an der Börse und sodann in der Deputirtenkammer konnte man aber die schlimmsten Nachricheen erfahren, welche nur zu sehr geeignet erscheinen mußten, die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens abzuschwächen. Eine deutsche Kriegsanleihe von 300 Millionen war noch das Wenigste, man verstieg sich zuletzt dazu, die Gemüther mit einer Note, oder richtiger gesagt Reklamation wegen der französischen Rüstungen zu ängstigen, welche der deutsche Botschafter dem Minister des Aeußeren überreicht habe, eine vermehrte und verbesserte (?) Auflage der famosen „Daily News"-Nachricht, d. h. man malte den Teufel an die Wand, was bekanntlich ein gefährliches Spiel ist.

Da der „Figaro" heute Morgen gemeldet hatte, daß die Fürstin Hohenlohe sich in Paris befinde, und der Fürst Statthalter in nächster Woche ebenfalls hierher kommen werde, wurde dem ehemaligen Botschafter eine angeblich wichtige Mission übertragen, die allerdings friedlicher Natur sein sollte, aber doch immerhin die große Gefährlichkeit der Lage beweise. Nun ist aber die Fürstin Hohenlohe bereits vor drei Tagen nach Straßburg zurückgekehrt und die Nachricht von dem Hierherkommen des Statthalters wird sich zweifellos als ebenso unrichtig erweisen. Man muß übrigens doch dringend wünschen, daß diese Periode der Aufregung und Unruhe baldigst aufhöre; dieselbe hat anscheinend genügt, der Bevölkerung über den bisher meistens verkannten Ernst der Situation die Augen zu öffnen und wird hoffentlich zu einer vernünftigen und gerechten Anerkennung der deutschen Friedensliebe führen, für welche die Beweise seit sechszehn Jahren vorliegen, während die französische Friedensliebe erst seit den letzten Tagen allerdings mit ungeahnter Heftigkeit zum Durchbruch gekommen ist. Vorläufig wird hier von einigen Seiten gewünscht und gehofft, daß die bevorstehenden Wahlen zum deutschen Reichstage für die Regierung günstig ausfallen mögen, damit das Septennat für die beantragte Armee-Verstärkung rasch beschlossen wird. Wer hätte das voraussehen können?

London, 5. Februar. Wenn der „Standard" gestern in seinem Leitartikel über die Neutralität Belgiens offenherzig bemerkte, im Jahre 1870 habe England ruhig für die Neutralität eine Lanze brechen können, weil Niemand daran gedacht habe, dieselbe zu bedrohen, jetzt aber liege die Sache ganz anders, denn da Deutschland den französischen und Frankreich den deutschen Heereshaufen den Weg fast ganz verbaut habe, so bleibe den Truppen nur der Umweg durch Belgien, die Neutralität Belgiens sei also in dem möglichen Falle eines Krieges ernstlich bedroht, und also dürfe England nicht für dieselbe eintreten, um nicht möglicherweise Händel mit Deutschland zu bekommen, so erklärt heute die „Morning Post", daß England sich würdiger gegen die Verletzung der Neutralität Belgiens verwahren würde, als es gegen die Aufhebung der Freihafenstellung Batums Einspruch erhoben habe; keineswegs aber dürfe das Vorangehen in der Aufrechthaltung des gemeinsam eingegangenen Vertrags England zugemuthet werden. Das Gerücht über Verhandlungen bezüglich der Neutralität ist falsch. Die unmittelbare Kriegsfurcht hat sich hier im Hinblick auf die große Wendung, die im deutschen Wahlkampf eingetreten ist, gemindert; das Mißtrauen und Unbehagen freilich bleibt und wird wohl erst durch eine deutsche Reichstagsmehrheit verbannt werden, welche dem friedlichen französischen Ministerium das Uebergewicht über Boulanger sichert, indem sie den Wahn zerstört, als ob das deutsche Volk es müde sei, für seine theuererkaufte Weltstellung die nöthigen Opfer zu bringen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 8. Februar. Derjenige, welcher Gastwirthschaft, Schankwirthschaft oder Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus betreiben will, bedarf nach § 33 der Reichsgewerbeordnung neuester Fassung der Erlaubniß. Diese Erlaubniß kann versagt werden 1) aus Gründen, welche die Person des Nachsuchenden betreffen, 2) wenn das Lokal wegen seiner Beschaffenheit oder Lage nicht genügt. Außerdem können die Landesregierungen die Erlaubniß zum Ausschenken von Branntwein oder zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus von dem Nachweise eines vorhandenen Bedürfnisses abhängig machen. Die Versagungsgründe fallen jedoch zum Theil weg, wenn dem Nachsuchenden eine Realberechtigung gebührt. Die vor Erlaß der Gewerbeordnung erworbenen Realberechtigungen dauern fort. In Bezug hierauf bestimmt § 48 der Gewerbeordnung: „Realgewerbeberechtigungen können auf jede nach den Vorschriften dieses Gesetzes zum Betriebe des Gewerbes befugte Person in der Art übertragen werden, daß der Erwerber die Gewerbeberechtigung für eigene Rechnung ausüben darf." Hiernach bedarf es der polizeilichen Erlaubniß zum Fortbetreiben des Gewerbes für denjenigen, welcher die berechtigte Realität erwirbt; aber die Erlaubniß darf nur aus Gründen versagt werden, welche die Person des Nachsuchenden oder die Beschaffenheit des Lokals betreffen, so daß die geeignete Lage des Lokals und der Mangel des Bedürfnisses als Versagungsgründe ausscheiden. — Anlangend die hiernach bei bestehender Realberechtigung erforderliche Erlaubniß ist der Rechtsweg ausgeschlossen. — Betreffend die Frage über das Bestehen einer mit einem Grundstück verbundenen Realgerechtigkeit ist der Rechtsweg zulässig.

— Betreffs des Hochstaplers Kienast, der als „Hülfsprediger des Pfarrers von Güstow" die Umgegend hier eine Zeit lang unsicher gemacht hat, wird die „Ostſ.-Ztg." von Herrn Pastor Hünefeld in Pommerensdorf um die Aufnahme folgender Erklärung ersucht:

„Erklärung.

Hinsichtlich des Schuhmachersohns, welcher die Rolle eines Kandidaten gespielt hat, sehe ich mich behufs Feststellung der Wahrheit zu der Erklärung genöthigt, daß derselbe überhaupt nur zweimal in meinem Hause gewesen und von mir auf kurze Zeit gesprochen worden ist. Nachdem derselbe Wochen lang in dem benachbarten Güstow sowie an anderen Orten der Gartzer Synode unter Gutheißung der kompetenten Behörde „gepredigt" und mir Briefe glaubwürdiger Männer vorgelegt hatte — unter anderen einen solchen des Professors Beyschlag in Halle von unzweifelhafter Authentie und von Schriftwerken desselben begleitet — konnte ich kein Bedenken tragen, dem „Kandidaten" auf seine Bitte für einmal die Kanzel zu überlassen. In einem sonstigen Verkehr habe ich mit diesem Menschen überhaupt nicht gestanden, und mit Demjenigen, was er sonst „gewirkt" hat, stehe ich absolut in keinem Zusammenhang.

Pommerensdorf, 5. Februar.

Hünefeld,
Pastor."

Da wir das Referat der „Ostsee-Ztg." über den Hochstapler in unser Blatt übernommen hatten, nehmen wir auch von dieser Erklärung Notiz, mit welcher die in der betreffenden Angelegenheit gemachten Mittheilungen nicht in Widerspruch stehen.

— Herr Dr. Delbrück hat der Polytechnischen Gesellschaft eine Summe von 12,000 Mark überwiesen, deren Zinsen zu einem Stipendium für junge Leute aus Züllchow und Stettin verwandt werden sollen, die eine technische Hochschule besuchen.

— In Wolff's Saal finden heute, Dienstag, und morgen, Mittwoch, physikalische Soireen statt, welche besonders für die Jugend von Interesse sein dürften. Zur Darstellung gelangt „Die Nordpol-Expedition von Prof. Nordenskjöld". Der Beginn der Soireen ist auf $5\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags festgesetzt.

— Wegen plötzlicher Indisposition des Frl. Elsa Friedhoff mußte das für gestern angekündigte Gastspiel derselben im Stadttheater ausfallen. Folgedessen wird die hochverehrte Künstlerin nur an zwei Abenden auftreten und zwar am Mittwoch als „Philippine Welser" und Donnerstag als „Maria Stuart".

— Die gestrige Versammlung der Sozialdemokraten auf dem Bock war sehr stark besucht. Herr Herbert trat zuerst als Redner auf und polemisirte zunächst gegen Herrn R. Graßmann. Als er ferner gegen mehrere Gesetzartikel polemisirte, erklärte der überwachende Polizei-Kommissarius die Versammlung für aufgehoben. Darauf erhob sich ein großer Tumult und weil die Versammelten nicht den Saal räumen wollten, wurden Mannschaften aus der Grünhofer Wache requirit, welche blank zogen. In Folge dessen retirirte ein Theil des Publikums durch das Fenster. Da nebenan zufällig ein Neubau war, so nahm ein Theil der Sozialdemokraten Steine und Bretter davon und demolirten damit Thüren und Fenster des Bocksaales, so daß kaum irgend ein Fenster ganz blieb und der Haupteingang total demolirt wurde. Der Skandal hörte erst auf, nachdem Militär requirirt war. Wie wir hören, sind bei dem Zusammenstoße mehrfache Verwundungen vorgekommen. Näheres behalten wir uns noch vor.

— Bei der königl. Polizei-Direktion sind seit dem 24. v. M. gemeldet:

Gefunden: 1 goldener Ohrring — 1 goldener Trauring, gez. H. — 1 schwarzlederne Zigarrentasche mit Nickelbügel — 1 kleiner schwarzer Pelzkragen — 1 Portemonnaie, enthaltend 50 Pfg. und 1 Brief — etwas blaue Wolle — 1 Zehnmarkstück — 1 Hundehalsband von Nickel mit der Steuermarke 1955 pro 1886/87 — 1 kleiner Teppich mit grünen und grauen Streifen und Franzen — 1 Märchenbuch für Kinder — 1 kleiner gelber Hund ohne Maulkorb und Halsband — 3 Rollen Papier im Gewicht von je 25 Pfund — 15 M. 50 Pfg. und 1 Schlüssel — 1 Opernglas nebst Futteral — 1 anscheinend goldener Trauring (ohne Zeichen) — 1 kleiner Schlüssel — 1 Hausthürschlüssel — 1 Peitsche — 1 goldenes Medaillon mit Herrenphotographie und Haarlocke — 1 Hausthürschlüssel — 1 kleiner Mopshund mit Steuermarke Nr. 881 pro 1886 und Halsband ohne Namen — 8 Schlüssel am Ringe — 1 unechter Trauring, gez. B. T. 1875 — 2 kleine Schlüssel am Lederriemen — 1 Peitsche — 1 Gasometer.

Bei der Pferdebahn gefunden und aufbewahrt:

1) im Depot Oberwiek: 1 schwarze Muffe — 1 Strickzeug — 2 weiße Taschentücher — 1 Paar braunwollene Handschuhe;
2) im Depot Züllchow: 1 Puppe — 1 Rolle Zeug zum Füttern — 1 Schulatlas — 1 Armband — 1 Spazierstock — 1 schwarzer Handschuh;
3) im Depot Westend: 1 rothes gehäkeltes Kopftuch — 1 weißes Taschentuch — 1 Entreeschlüssel.

Die Verlierer wollen ihr Eigenthums-Recht binnen drei Monaten geltend machen.

Verloren: 1 weißseidenes Herrenhalstuch — 1 schwarzer Pelzkragen — 1 lederner Hundemaulkorb mit Steuermarke — 1 imitirtes Armband mit Troddel — 1 braunledernes Portemonnaie, enthaltend 1 goldenes 5-Markstück, 1 Dreimarkstück und 4 weiße Hemdenknöpfe — in einer Droschke 1 Packet Schulhefte — 1 Damenuhr mit Panzerkette von Gold — 1 Damenklapp-Portemonnaie, enthaltend 50 M. in Gold und mehreres Silber- und Nickelgeld; dem Finder eine Belohnung von 10 M. zugesichert.

— Schwurgericht. Sitzung vom 7. Februar. — In dem gestrigen Bericht über die Verhandlung wegen Raubes ist irrthümlich § 217 des Str.-G.-B. angezogen, während es § 317 der Str.-P.-O. heißen muß. § 317 der Straf-Prozeß-Ordnung bestimmt: „Ist das Gericht einstimmig der Ansicht, daß die Geschworenen sich in der Hauptsache zum Nachtheile des Angeklagten geirrt haben, so verweist es durch Beschluß ohne Begründung seiner Ansicht die Sache zur neuen Verhandlung vor das Schwurgericht der nächsten Sitzungsperiode."

Auch die zweite Verhandlung des Schwurgerichts vom gestrigen Tage betraf eine Anklage wegen Straßenraubes, dieselbe war gegen den bereits einmal wegen versuchten Straßenraubes vorbestraften Arbeiter Aug. Rindfleisch von hier gerichtet. Der Schnitter Göde war am 4. August v. J. von Mecklenburg hier eingetroffen, um Arbeit zu suchen und da er solche in Neu-Buchholz in Aussicht hatte, theilte er dies dem Rindfleisch mit, welcher ihn in der Langenbrückstraße angesprochen hatte. R. erklärte sich bereit, den G. zu begleiten, da er gleichfalls in jener Gegend zu thun habe. Beide gingen zunächst nach Bredow, woselbst G. in einem Schanklokale etwas zum Besten gab und dabei unkluger Weise wohl sein Geld sehen ließ, denn als sie später hinter Bredow waren, forderte R. plötzlich von G. dessen Geld, und als dieser nicht gutmüthig hierauf einging, nahm ihm R. mit Gewalt das Portemonnaie mit ca. 16 M. Inhalt fort. G. bat den Räuber, er solle ihm sein sauer verdientes Geld zurückgeben, er hatte damit jedoch nur den Erfolg, daß er von R. mit einem Sensenbaum einen Hieb über den Kopf erhielt. Inzwischen waren dritte Personen hinzugekommen und R. entlief. Bei der heutigen Verhandlung leugnete der Angeklagte und erklärte, G. habe ihm für die Begleitung nach Buchholz 3 M. versprochen, sich aber später geweigert, diese Summe zu zahlen. Durch die Beweisaufnahme wurde jedoch diese Aussage widerlegt und die Geschworenen erklärten den R. im vollen Umfange der Anklage für schuldig, auch lehnten sie die Bewilligung mildernder Umstände ab. Der Gerichtshof erkannte auf 6 Jahre Zuchthaus, 6 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Benefiz für Herrn Kapellmeister Winkelmann. Einmaliges Gastspiel der Frau Langerhans-Rahé. „Der fliegende Holländer." Romantische Oper in 3 Akten.

Mittwoch. Stadttheater: Erstes Gastspiel des Fräulein Elsa Friedhoff vom Hoftheater zu Hannover. „Philippine Welser." Schauspiel in 5 Akten.

Vermischte Nachrichten.

— (Unerwartete Begegnung.) Prinz Alexander von Battenberg soll, wie dem „Berliner Börsen-Courier" berichtet wird, bei seinem jüngsten Aufenthalte in Monte Carlo eine interessante Begegnung gehabt haben. Der Prinz durchwanderte die prunkvollen Säle und blieb zuletzt vor einem der Spieltische stehen, den Gang des „jeu" eine kurze Zeit mit Spannung verfolgend. Aber der Einladung eines Herrn von seiner Begleitung, doch auch einmal sein Glück an der Roulette zu versuchen, kam der Prinz nicht nach, er meinte lächelnd: „Es ist wohl leichter, zwei Schlachten zu gewinnen, als der Spielbank nur einen Louisd'or abzunehmen." Als er den Saal verließ, wäre er beinahe mit einem elegant gekleideten Herrn in mittleren Jahren zusammengestoßen, der den Prinzen betroffen fixirte und dann in einiger Verwirrung zur Seite trat. Arglos verließ der Prinz den Saal, aber nicht wenig war er belustigt, als er später erfuhr, wer der elegant gekleidete Herr in mittleren Jahren gewesen sei. Es war nämlich Niemand Anderer, als der gleichfalls zur Erholung in Italien weilende — General Kaulbars.

— Zu verhüten, daß Schnüre und Seile faulen, wenn sie dem Wetter ausgesetzt sind, muß man die Schnüre in eine Auflösung von 50—60 Theilen Wasser und 1 Theil Quecksilber-Chlorid (Ätz-Sublimat) eintauchen. Stehendes Seilwerk wird häufig zu diesem Zwecke mit Theer behandelt, und eine Anwendung von Talg soll recht gut für laufendes Seilwerk sein.

— (Aus Kindermund.) Karlchen wird in der Quinta mit geschichtlichen Aufgaben überlastet. Spät am Abend zählt er nochmals die Regenten des fränkischen Kaiserhauses auf, dann sagt er mit einem tiefen Seufzer: „Ach, wäre ich doch zu Karls des Großen Zeiten geboren!" — „Warum wünschest Du das?" fragt die besorgte Mutter. — Der kleine Historiker antwortet: „Weil ich dann die Namen und Regierungszeiten der Kaiser und Könige bis zur Gegenwart nicht auswendig zu lernen brauchte."

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Potsdam, 7. Februar. Das hiesige Schöffengericht verurtheilte den Redakteur der „Potsd. Nachr.", Gustav Prätsch, wegen groben Unfuges (Verbreitung der falschen Nachricht von Erschießung des Militärbevollmächtigten v. Villaume in Petersburg) zu 6 Wochen Haft.

Danzig, 7. Februar. Der hiesige Bankier Goldstein hat sich gestern entleibt.

Bonn, 6. Februar. In einer heute Nachmittag hier stattgehabten und zahlreich besuchten Versammlung von Wählern des Wahlkreises Bonn-Rheinbach, welche die Bewilligung des Septennats wünschen, wurde der Landgerichtsrath Haaß (Katholik), der sich für die Bewilligung des Septennats verpflichtet hat, einstimmig zum Reichstagskandidaten gewählt.

München, 7. Februar. Nachdem eine für gestern Nachmittag auf den Marienplatz hierselbst einberufene sozialistische Wählerversammlung von der Polizeibehörde untersagt worden war, sammelte sich daselbst im Laufe des Nachmittags eine große Menschenmenge an. Dieselbe wurde von den Polizeibeamten mit Hülfe von Mannschaften der Militär-Hauptwache zerstreut.

Pest, 7. Februar. Die heutigen Journal-Meldungen von einer Befestigung Budapests werden vom Landesvertheidigungs-Minister dementirt.

Brüssel, 6. Februar. Heute fand bei der Zeitung „Le Peuple" eine Haussuchung statt, bei welcher das Blatt „Le Conscrit", dessen erste Nummer gestern erschienen war, beschlagnahmt wurde.

Paris, 6. Februar. Ein Telegramm des Generalresidenten Bihourd in Hue von gestern meldet, die Truppenabtheilung des in Thanhoa operirenden Oberst Brissaud habe am 2. d. M. die stark befestigte Stellung von Hasenvuiloi besetzt, Makao sei von den Chinesen und Anamiten, die sich dort in ziemlich starker Anzahl festgesetzt hatten, geräumt. Der Widerstand des Feindes sei ein ernster gewesen, die französischen Truppen hätten 8 Verwundete, darunter 2 Offiziere, gehabt.

London, 6. Februar. Nach einer Meldung aus Suez hat sich Stanley heute Nachmittag daselbst nach Sansibar eingeschifft.

London, 6. Februar. Der Prinz von Wales ist heute Abend über Paris nach Cannes abgereist.

London, 7. Februar. Der am Sonnabend stattgehabte Kabinetsrath hat sich gutem Vernehmen nach fast ausschließlich mit auswärtigen Angelegenheiten beschäftigt.

Buenos-Ayres, 5. Februar. Während des Monats Januar d. J. sind hier 35 Dampfer mit 8700 Einwanderern eingetroffen.